

Abstimmung über die Teilrevision des Schulgesetzes

Neue Regelungen für privaten Unterricht

BILDUNG Die Teilrevision des kantonalen Schulgesetzes war das Resultat eines breiten Kompromisses: Als die Kantonsratsmitglieder Ende vergangenen Juni im Parlament über die Vorlage der Regierung abstimmten, waren sich alle einig. Ohne Gegenstimme wurden die neuen Regelungen zu den Privatschulen und dem Homeschooling angenommen.

Die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zum privaten Unterricht waren sehr vage und rudimentär. Neu wird etwa festgehalten, dass Leute, die ihre Kinder zu Hause unterrichten wollen, über ein schweizerisches anerkanntes Lehrdiplom verfügen müssen. Zudem soll die Abgrenzung zwischen privatem Unterricht und Privatschule klarer werden: Im

Homeschooling dürfen nicht mehr als fünf Kinder gleichzeitig unterrichtet werden, ausser sie stammen aus derselben Familie. Eine private Schule hingegen muss mindestens sechs Kinder unterrichten.

Einiges verbessert sich dabei für den privaten Unterricht: Neu bekommen privat unterrichtete Kinder etwa auch den gleichen unentgeltlichen Zugang zu kantonalen Angeboten, Dienstleistungen und Lehrmitteln wie Kinder an öffentlichen Schulen. Weiterhin können Kinder auch von Eltern ohne Lehrdiplom während der Schulzeit zwei Mal insgesamt bis zu einem Jahr selbst unterrichtet werden.

Mit diesen Bestimmungen sind volksschulkritische Kreise nicht einverstanden und haben

deshalb mit 1654 Stimmen das Referendum eingereicht. Sie wollen keine höheren Hürden als bisher für das Homeschooling

und sind deshalb gegen das Schulgesetz. Alle Parteien und die EDU haben indessen Parole gefasst.



Abstimmung über das «ITSH-Gesetz»

Neuanfang mit Namensänderung

INFORMATIK Die «Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung» (KSD) betreibt einen grossen Teil der staatlichen IT-Infrastruktur. Etwa die Hälfte der Stadt, des Kantons, mehrerer Gemeinden und auch jene der Spitäler Schaffhausen. Nun soll sie von einem «Betrieb der wirkungsorientierten Verwaltungsführung mit Globalbudget» zu einer «unselbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt» werden. Ob das geschieht, darüber entscheidet die Schaffhauser Stimmbevölkerung am 12. März unter dem Namen «ITSH-Gesetz». Aber was würde sich damit eigentlich konkret verändern?

Einerseits würde die KSD den Besitzer wechseln. Bisher ge-

Wird die Vorlage angenommen, kauft der Kanton der Stadt ihre Anteile für 2,6 Millionen Franken ab, und die Stadt wird von der Miteigentümerin zur reinen Kundin.

Bereits heute ist die KSD kein privatwirtschaftliches Unternehmen und auch kein Amt, sondern etwas dazwischen. Das will der Kanton auch künftig so belassen: Die KSD funktioniert ähnlich wie ein Unternehmen, wird aber politisch gesteuert. Diese politische Steuerung wird bei Annahme der Vorlage nun einfach nicht mehr von Stadt und Kanton gleichzeitig, sondern nur noch vom Kanton ausgeübt.

Und schliesslich würde sich auch der Name ändern: Aus KSD

Die Namensänderung dürfte auch Ausdruck eines angestrebten Neuanfangs bei den politisch Verantwortlichen sein. Denn der Name KSD stand in den vergangenen Jahren mehrmals negativ in den Schlagzeilen. So hat die KSD etwa mehrfach Geld ausgegeben, für das sie eigentlich die Genehmigung des Kantonsrats gebraucht hätte, und den Auftrag für die Kantonswebsite vergeben, ohne ihn auszuschreiben (AZ vom 21. Januar 2021). Das 1,2-Millionen-Projekt wurde schliesslich eingestellt.

Zuletzt wurde die KSD in zwei aufeinanderfolgenden Jahren von der kantonalen Finanzkontrolle für Mängel in ihrer Jahresrechnung gerügt. Unter ande-

nicht getätigt, einen Mitarbeiter ohne gültigen Vertrag beschäftigen und Arbeitsstunden «nicht vollziehbar» verbucht (AZ vom 30. Dezember 2021).

Der Kantonsrat hat die Vorlage im Dezember dieses Jahres mit grosser Mehrheit angenommen, erreichte aber keine Vierfünftelmehrheit. Halb es zur Volksabstimmung kommt. Gegen die Vorlage gliedert sich ein Komitee, bestehend aus den Kantonsräten Peter Aellig (SVP) und Jannick (GLP). Sie stören sich insbesondere daran, dass sich die Stadt von der politischen Verantwortung zurückzieht, andererseits würde die KSD lieber in eine kantonalen Dienststelle umwandeln